

LVZ-Fragenkatalog zum Leipziger Arbeitsmarkt und zur Zukunft der Arge

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Gunter Müller, Sprecher der SPD-Fraktion für den Bereich Wirtschaft und Arbeit.

1. Die Länderarbeitsminister haben sich auf eine Grundgesetzänderung wegen der Zukunft der Argen verständigt. Was halten Sie von diesem Ergebnis?

Unsere erste Einschätzung ist positiv. Dass durch die Grundgesetzänderung die Kooperation zwischen Arbeitsagentur und Kommune fortgesetzt werden soll, begrüßen wir. Die Argen brauchen jedoch klare Verantwortlichkeiten und eine unmittelbare Legitimierung durch die kommunalen politischen Vertreter. Wichtig ist uns, dass alle Leistungen für Arbeitslose bei einer Anlaufstelle gebündelt bleiben. Der Stadtrat hat im Übrigen im Mai dieses Jahres beschlossen, dass ihm der Oberbürgermeister bis Ende 2008 eine Analyse über die bisherige Arbeit der Arge Leipzig vorlegt. Außerdem soll ein Vorschlag unterbreitet werden, wie die Betreuung der Alg II-Empfänger künftig organisiert wird.

2. Die Kommunen werden in dem möglichen künftigen Modell beim Arbeitsmarkt wenig zu sagen haben. Wie ist Ihre Position?

Die künftige Rolle der Kommunen können wir so nicht bestätigen. Die Einbindung der kommunalen Vertreter und die Rechenschaftspflicht der Arge gegenüber der Kommune muss stärker werden als bisher. Den Stadträten sollen dabei größere Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten eingeräumt werden.

3. Warum hat Leipzig eine nach wie vor überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit?

Das hat noch immer mit den Langzeitwirkungen des strukturellen Wandels in der Stadt und der Region nach 1990 zu tun. Die neuen Ansiedlungen machen sich aber erfreulicherweise bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar, die in den letzten beiden Jahren Schritt für Schritt zurückgegangen sind. Außerdem ist Leipzig ein wichtiger Arbeitgeber für viele Menschen in Mitteldeutschland, was Sie an der hohen Zahl von Einpendlern jeden Tag sehen können.

4. Wie sollte nach Ihrer Ansicht hier gegengesteuert werden?

Wir brauchen weitere Ansiedlungen, aber auch eine umfangreiche Mittelstandsförderung. Uns ist wichtig, dass das Investitionsniveau der Stadt nicht weiter sinkt, weil bei den zahlreichen Sanierungen von Schulen, Kitas und Straßen auch viele klein- und mittelständische Unternehmen profitieren. Die SPD-Fraktion bekennt sich aber auch weiterhin zu Beschäftigungsmaßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in Leipzig auch in 2008 umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (über 2000, davon über 600 bei der Stadt) und erstmals Kommunal-Kombi-Arbeitsverträge (1334, hälftig Stadt/Vereine und Verbände) angeboten werden. Diese Anstrengungen müssen fortgeführt werden.

5. Was halten sie von gesetzlichen Mindestlöhnen? Wo bleibt die Freiheit der Tarifparteien? Zudem reicht der Mindestlohn von 7,50 Euro je Stunde oft nicht, um allein den Lebensunterhalt abzudecken.

Die SPD spricht sich für die Einführung eines gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohnes aus, der das Mindestmaß für ein Einkommen durch Erwerbsarbeit darstellt. Wurden in einzelnen Branchen höhere Löhne vereinbart und durch die Aufnahme der Branche in das Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt, ist dies umso besser. Die Einführung eines Mindestlohnes beschränkt im Übrigen die Freiheit der Tarifparteien nicht, wie in der Fragestellung suggeriert wird. Dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro/Stunde dringend notwendig und richtig ist, beweisen viele Gehälter in der Dienstleistungsbranche, aber auch im produzierenden Gewerbe, wo viele Erwerbstätige zusätzliche Hilfen zum Lebensunterhalt bekommen. Wer etwas für diese Menschen und gegen Leipzigs hohe Ausgaben für diese ergänzenden Leistungen tun will, muss für Mindestlöhne sein. Unser generelles Ziel ist, dass jeder Vollzeitbeschäftigte von seinem Einkommen auch leben kann.

6. 80 Prozent der Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos. Wie sollte mit diesen Menschen umgegangen werden?

Langzeitarbeitslose dürfen auf keinen Fall aufgegeben werden, auch wenn hier besondere Anstrengungen notwendig sind. Eine intensive Betreuung und ständige Schulungs- und Qualifizierungsangebote sind dabei wichtig.

7. Welche Hoffnungen setzen Sie auf weitere Arbeitsplätze durch DHL und womöglich folgende Ansiedlungen?

Die SPD-Fraktion hat sich immer für ein internationales Logistik-Drehkreuz am Flughafen Leipzig/Halle stark gemacht. Wir setzen natürlich auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung bei DHL und anderen Logistikfirmen, was sich auch in steigenden Jobangeboten widerspiegeln darf. Der Logistikbereich ist ganz klar eine Schlüsselbranche mit hohem Wachstumspotential.

weetersagen...

- [E-Mail](#)
-
-
-

- [Drucken](#)

-